:antifaschistische nachrichten

Nr. 17

g 3336 20.8.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Aderlass bei „Pro NRW“

Bergisches Land. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW“ berichtet auf ihrer Internetseite über weitere Absetzbewegungen in ihren Reihen. Demnach haben Udo Schäfer aus Radevormwald, Andre Hüsgen aus dem Bergischen Land und Nico Ernst aus Bonn ihre Mitgliedschaft „aufgekündigt“. Weitere „Pro NRW“-Mitglieder aus Solingen, Remscheid und Witten seien ihrem Beispiel gefolgt. Darüber hinaus haben der „Pro NRW“-Parteivorsitzende und zwei weitere Präsidiumsmitglieder per Eilentscheidung den „organisatorischen Notstand“ im Bezirksverband Bergisches Land verkündet. Die Wuppertaler „Pro NRW“-Kreisvorsitzende Claudia Bötte und der Wuppertaler OB-Kandidat Markus Stranzenbach seien „ihrer Parteiämter enthoben“ worden. Es sei das „Ruhen der Mitgliedschaft angeordnet“ und „Antrag auf Parteiausschluss“ gestellt worden. Stranzenbach werden „extremistische Entgleisungen“ vorgeworfen. Die „Pro NRW“-Mitglieder im Bergischen Land hätten in „eine extremistische Plattform überführt werden“ sollen, schreibt „Pro NRW“. In den kommenden Wochen werde der Bezirk Bergisches Land völlig neu aufgestellt werden, hofft „Pro NRW“-Generalsekretär Tony-Xaver Fiedler, und kündigt Mitgliederversammlungen in Wuppertal, Remscheid, Solingen und Radevormwald an. *hma* ■

„Tag der Heimat“ in Berlin

Berlin. Am Samstag, den 29. August, führt der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) seine zentrale Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in der Berliner Urania durch. Die Festrede auf der Veranstaltung unter dem Motto „Vertreibungen sind Unrecht - gestern wie heute“ soll der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil halten. Die Ministerpräsidenten Horst Seehofer, Volker Bouffier und Stanislaw Tillich werden dort stellvertretend für ihre Bundesländer mit der Ehrenplakette des BdV ausgezeichnet.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Vor der Borussenfront gab es die Nazis in den Ämtern 7

Gefangen in der Krise – Flüchtlinge in Griechenland 13

„Die Gesellschaft droht zu kippen“

Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entladen sich immer enthemmter. Petra Pau registriert “mit Wut, dass Verantwortliche - ob Politiker oder Medien - derartige Stimmungen aufnehmen, bedienen und aufladen”. Anstelle des von der Bundesregierung für September geplanten Flüchtlingsgipfels fordert die Bundestagsvizepräsidentin einen Rassismusgipfel. Das eigentliche Problem seien nicht die Flüchtlinge, so Pau.

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, steigt rasant, die Zahl der Überfälle auf Asylsuchende beziehungsweise deren Unterkünfte ebenso.

Petra Pau: Wobei das Erste mit dem Zweiten nichts zu tun hat und es schon gar nicht legitimiert. Wir erleben, dass Rassismus eskaliert, und der wird nicht von Flüchtlingen befeuert.

Sondern?

Petra Pau: Die Gesellschaft droht zu kippen. Mit Sorge beobachte ich, wie Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich immer enthemmter entladen. Und mit Wut registriere ich, dass Verantwortliche – ob Politiker oder Medien – derartige Stimmungen aufnehmen, bedienen und aufladen.

Ein hartes Urteil.

Petra Pau: Es werden Stimmungen geschürt: gegen Russen, gegen Griechen und wieder gegen Sinti und Roma. Jüdinnen und Juden werden im Alltag offen angefeindet. Über Muslime schwebt ein zunehmender Generalverdacht. Es läuft etwas total falsch. Und bei Flüchtlingen vom Balkan wird über Sonderlager nachgedacht, nachdem ihre Fluchtgründe politisch wegbeschlossen werden.

Das erinnert alles sehr an die fremdenfeindliche Stimmung Anfang der 1990er Jahre – Stichworte Mölln, Rostock-Lichtenhagen und so weiter.

Petra Pau: Ja und Nein. Ja, denn rassistisch motivierte Attacken sind seit 2013 rasant angestiegen, allemal 2015. Nein, denn zugleich gibt es mehr engagierte Bündnisse als damals, die sich dagegen stellen und Flüchtlingen helfen.

Die Bundesregierung plant nun für September einen Flüchtlingsgipfel.

Petra Pau: Ich will das nicht vorab kritisieren. Dass zu vieles unkoordiniert oder komplett falsch läuft, ist ja unübersehbar. Aber meine Kopfschmerzen beginnen schon beim Namen. Er suggeriert schon wieder, dass die Flüchtlinge das eigentliche Problem seien. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Der staatliche Umgang mit sehr vielen Flüchtlingen spricht Artikel 1 Grundgesetz Hohn: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Aller Menschen!

Prozessserie in Düsseldorf

DÜSSELDORF. Am 1.Oktober beginnt in Düsseldorf die juristische Aufarbeitung der „Dügida"-Demonstrationen. Insgesamt werden „Dügida"-Teilnehmern 91 Straftaten zur Last gelegt. So wurde einem 26jährigem ein Strafbefehl in Höhe von 1500 Euro zugesandt, weil er mit Quarzsand gefüllten Handschuhen bewaffnet war. Da er das Strafgeld nicht akzeptiert, kommt es nun auch in seinem Fall zum Prozess. Demo-Anmelderin Melanie Dittmer, gegen die ebenfalls strafrechtlich ermittelt wurde, will am 28. August vor dem Verwaltungsgericht feststellen lassen, dass das Einstellen der Erklärung „Licht aus! Düsseldorf setzt ein Zeichen gegen Intoleranz" auf der Internetseite der Stadt und das Abschalten der Beleuchtung an öffentlichen Gebäuden rechtswidrig waren. Nachdem Dittmer zum Jahresbeginn in einem Eilverfahren vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht Recht bekommen hatte, änderte das Oberverwaltungsgericht Münster diesen Beschluss und lehnte Dittmers Antrag ab. Strafanzeigen gab es auch bei einer Demonstration der „Republikaner" gegen die Unterbringung von Flüchtlingen am 8. August im Düsseldorfer Stadtteil Garath. Fünf Personen hatten den Hitler-Gruß gezeigt, eine weitere hatte einen Polizisten massiv beleidigt.

hma ■

ProNRW-Kandidatin endgültig von der Liste gestrichen:

BONN. Laut Meldung des WDR hat die Landeswahlleiterin nun endgültig die Kandidatin der rechtspopulistischen Wählergruppe ProNRW aus der Liste für die Oberbürgermeisterwahl in Bonn gestrichen. Damit darf Susanne Kutzner in Bonn nicht antreten. „Der Wahlvorschlag der Bürgerbewegung Pro NRW (Pro NRW) konnte aufgrund eines wesentlichen formalen Fehlers bei der Nominierung der Kandidatin nicht zugelassen werden. Die Partei hatte die satzungsmäßigen Ladungsfristen unterschritten und die Einladungen zu einer Aufstellungsversammlung erst unter dem Datum des vorletzten Tages vor dem Versammlungstag versandt", so teilte die Landeswahlleiterin dem WDR mit.

Der Wahlausschuss der Stadt Bonn hatte zuvor ebenfalls eine Verletzung fundamentaler Mindestregeln einer demokratischen Wahl gesehen. Eine Anfechtungsmöglichkeit besteht nun nur noch im Rahmen eines Wahlprüfungsverfahren nach der Wahl.

Quelle: WDR Bonn. 13.8.2015 ■

Rote Karte: Ausschluss von rechtem Fußballverein

Der Fußballverband Sachsen-Anhalt hat sich für den Ausschluss eines von Rechtsextremisten dominierten Vereins ausgesprochen. Gegen den FC Ostelbien Dornburg sei laut Beschluss des Präsidiums beim Landessportbund die Eröffnung eines entsprechenden Verfahrens beantragt worden, sagte Verbandspräsident Erwin Bugar am Dienstag in Magdeburg. Aus Sicht des Fußballverbandes Sachsen-Anhalt habe der Verein durch Mitglieder wiederholt grob gegen Satzungsbestimmungen des Landessportbunds verstoßen. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz gehören 15 der 18 Fußballer des Vereins der rechtsextremen Szene an.

Bislang weigerten sich vier Vereine, gegen den FC Ostelbien anzutreten, sagte Bugar. Zudem möchten zahlreiche Schiedsrichter keine Spiele mit Beteiligung des Vereins zu leiten.

Die Satzungsverstöße betreffen den Angaben zufolge etwa den Grundsatz, dass sich Vereine gegen jede Form von Einmischung, Willkür und Gewalt von außen oder von Mitgliedern wenden. Zudem engagiere sich der Landessportbund laut Satzung mit seinen Mitgliedsorganisationen gegen Fremdenfeindlichkeit, politischen Extremismus, Gewalt, Gewaltverherrlichung und Homophobie.

Der FC Ostelbien Dornburg habe sich dagegen nicht gegen Gewalt und Gewaltverherrlichung seiner Mitglieder gewandt, hieß es. Der Verein aus dem Jerichower Land habe die Handlungen geduldet und offenbar auch nicht sanktioniert. Deshalb sei er für die Verstöße mitverantwortlich.

Jedoch lasse die Spielordnung nicht zu, den Verein sofort vom Wettkampfbetrieb auszuschließen. Solange kein Ausschluss erfolgt, kann der Verein weiter am Spielbetrieb teilnehmen.

Quelle: http://www.migazin.de 12.8.2015 ■

Ihr Gegenvorschlag?
Petra Pau: Wir brauchen das, was die Türkische Gemeinde seit 2011 - seit dem Auffliegen des NSU-Nazi-Mord-Desasters - fordert: einen Rassismusgipfel.

Was sollte der bringen?
Petra Pau: Erstens, dass Rassismus als gesellschaftliches Problem endlich eingestanden wird. Zweitens, dass alle gesellschaftlichen Potentiale dagegen gestärkt und vernetzt werden. Und drittens, dass einschlägige wissenschaftliche Befunde zum Thema endlich ernst genommen werden.

Zum Beispiel?
Petra Pau: Seit nunmehr dreieinhalb Jahren liegt die Langzeitstudie von Professor Heitmeyer & Team über „Deutsche Zustände" vor. Sie warnt: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu. Zugleich wächst die Bereitschaft, Gewalt als Politikersatz zu tolerieren."

Und beides bricht sich aktuell Bahn?
Petra Pau: Es ist ein Erklärungsmuster für Pegida und all die anderen Idas in Ost und West. Zumal Heitmeyer & Team auch auf lang und tief wirkende Ursachen verweisen.

Kurzfassung: Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie entleert.
Petra Pau: Richtig! Und Heitmeyer & Team beschreiben nicht etwa den rechten Rand, sondern die Mitte der Gesellschaft. Spätestens da müsste ein ambitionierter Gipfel ansetzen, die technische oder organisatorische Ebene sprengen und politisch werden. Genau dafür ist es höchste Zeit.

*Int*erview: Rainer Brandt ■

Solidarität mit Flüchtlingen: Fluchtgründe beseitigen, die Menschen schützen!

Angesichts der skandalösen Vorfälle in verschiedenen europäischen Ländern im Umgang mit Flüchtlingen ist die FIR in großer Sorge.

Wir erinnern daran, dass nur wenige Menschen freiwillig ihre Heimat verlassen. Die insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten– auch durch die Politik der Staaten der Europäischen Union – eskalierten Konflikte zwingen jedoch immer mehr Menschen aus diesen Regionen, ihre Land zu verlassen und Schutz in anderen Teilen der Welt zu suchen.

Vor diesem Hintergrund können wir es in keiner Weise akzeptieren, dass die Europäische Union – trotz gegenteiliger Erklärungen – de facto mit allen Mitteln versucht, Menschen, die aus großer Not oder wegen der Bedrohung durch Krieg und Elend aus ihrer Heimat fliehen, an der Überquerung der europäischen Außengrenzen zu hindern. Dabei werden mittlerweile mehrere Tausend im Mittelmeer ertrunkene Flüchtlinge billigend in Kauf genommen. Statt das Elend der Flüchtlinge in den Blick zu nehmen, beraten die Regierungschefs nur darüber, wie weitere Flüchtlingsströme und „kriminelle Schleuserbanden“ gestoppt werden können.

Der zweite Skandal ist die Ungleichheit der Hilfe für die Flüchtlinge in der Europäischen Union. Wir kritisieren das unmenschliche Verschieben der Menschen zwischen den einzelnen Staaten, wobei die wirtschaftlich schwächsten Länder Griechenland, Italien und Spanien unverhältnismäßig hoch belastet werden, während andere Staaten, wie Polen oder die baltischen Staaten sich weigern, Hilfe zu leisten. Auch die Errichtung von Mauern und Grenzzäunen, wie sie die ungarische Orban-Regierung gegenüber Serbien plant, oder die Verschärfung des Durchgangs durch den Euro-Tunnel sind keine Lösung dieses Problems.

Der dritte Skandal ist die zunehmend restriktive Haltung verschiedener Politiker und Regierungen, die unter der rechtspopulistischen Losung „Das Boot ist voll“ massive Einschränkungen für die soziale Unterstützung der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern vornehmen bzw. fordern.

Verbunden mit dieser inhumanen Haltung der offiziellen Politik erleben wir in verschiedenen europäischen Staaten, aber insbesondere in Deutschland, eine erschreckende Zunahme von rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt, die sich längst nicht mehr nur in Parolen oder Kundgebungen zeigt, sondern bereits zu einer Bedrohung für Menschen aus anderen Ländern geworden ist. Zu nennen sind zahlreiche Brandstiftungen in Häusern, die als Unterkünfte für Flüchtlinge vorgesehen sind sowie gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere Migranten.

Wir, die Mitgliedsverbände der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer können und werden uns nicht mit solchen rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen abfinden. Wir erinnern daran, dass in der Zeit der faschistischen Bedrohung viele tausend Verfolgte nur deshalb überleben konnten, da sie in anderen Ländern Aufnahme und Asyl fanden. Bis heute hält die Völkergemeinschaft es denjenigen Staaten, wie z.B. der damals neutralen Schweiz, vor, wenn sie – im Wissen um die Bedrohungssituation – Verfolgten keine Einreise ermöglicht hat. Solche Kritik ist jedoch scheinheilig, wenn dieselben Staaten und Institutionen heute selbst eine Abschottung gegenüber Flüchtlingen betreiben.

Wir fordern von der Europäischen Union,

- eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht dazu beiträgt, dass in den nordafrikanischen Staaten oder im Nahen Osten Krieg, Elend und andere Fluchtgründe zunehmen.
- diejenigen Menschen, die aus eben diesen Fluchtgründen nach Europa kommen, ohne Einschränkungen aufzunehmen.
- alle Staaten der Europäischen Union zu gleichen Teilen an der Unterbringung und sozialen Betreuung der Flüchtling zu beteiligen.
- statt Rechtspopulismus Vorschub zu leisten, eine aktive Politik gegen den zunehmenden Rassismus und die Xenophobie zu betreiben.

Europa kann nicht auf der Basis der Abschottung entstehen, sondern muss durch Offenheit und Toleranz geprägt sein.

Europa ist antirassistisch und friedlich – oder es ist kein Europa der Menschen!

Fédération International des Résistants (FIR) – Association Antifasciste
www.fir.at

Nichts derartiges mehr zulassen

Berlin/Jamel. In der Nacht zum Donnerstag brannte die Scheune auf dem Hof von Birgit und Horst Lohmeyer in dem mecklenburgischen Dorf Jamel komplett aus. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung und schließt einen rechtsextremistischen Hintergrund nicht aus. Hierzu erklärt Gregor Gysi:

„Das Künstlerpaar Lohmeyer wehrt sich gegen die rechtsextreme Szene, die Jamel ansonsten vollständig dominiert. Ich war im September 2011 in dem damals 37-Seelen-Dorf und habe auch mit den Lohmeyers über ihr Engagement für Toleranz gesprochen.

Für ihre jahrelange Zivilcourage empfinde ich allergrößte Hochachtung, weil sie das von Rechtsextremen zur „national befreiten Zone“ erklärte Jamel nicht den Nazis wehrlos überlassen haben und dies bis heute nicht tun.

Es ist Aufgabe des Staates, Menschen wie Birgit und Horst Lohmeyer – die stellvertretend stehen für all diejenigen, die bundesweit der rechten Gewalt die Stirn bieten – vor Angriffen zu schützen. Unsere Gesellschaft ist nicht wehrlos gegen rechten Terror, sie muss sich aber auch wirklich wehren wollen.

Heute brennen Unterkünfte für Flüchtlinge und Häuser engagierter Bürgerinnen und Bürger. Vor 70 Jahren hat dieser braune Wahnsinn einen ganzen Kontinent in Schutt und Asche gelegt. Wir sind verpflichtet, nichts in dieser Richtung mehr zuzulassen.“ *PM Gregor Gysi, 13.8.’15* ■

Aufmarsch von Nazi-Hooligans am 12.9. in Hamburg

Mittlerweile hat der Aufruf des Hamburger Bündnis gegen Rechts über 500!!! UnterstützerInnen gefunden. Es zeigt sich ganz deutlich, dass Nazis, Hooligans, Rassisten und völkische Patrioten in Hamburg unerwünscht sind.

Ob die Nazi-Hooligans eine Demonstration genehmigt bekommen oder eine Standkundgebung oder ob letztlich der Aufmarsch doch noch verboten wird, wird erst kurz vor dem 12.9. entschieden werden. In der Innenstadt finden am 12.09. die Cruise Days statt. Es ist daher unwahrscheinlich, dass die bisher genehmigte Route so stattfindet. Torsten de Vries, der Organisator des Aufmarsches hat auf jeden Fall angekündigt, gerichtliche Schritte einzuleiten, falls sie nicht eine aus ihrer Sicht „gute" Route oder „gutes" Stadtteil bekommen. Die Innenbehörde hat dementiert, dass sie ihnen in Billstedt, am Schiffsbeker Weg, eine Standkundgebung angeboten hat.

Wir werden uns daher auf alle drei Szenarien einrichten und entsprechend flexibel sein. Es wird auf jeden Fall eine große Demonstration geben, dort, wo die Nazis sind und es wird Blockaden geben, sofern ihnen ein Aufmarsch genehmigt wird.

Mobilisiert zum 12.09

Schickt den Aufruf an befreundete Gruppen und Organisationen weiter

Bildet schon jetzt Bezugsgruppen

Wenn Ihr eigene Aktionen im Vorfeld macht, informiert uns darüber. Wir werden darüber berichten und diese veröffentlichen.

Aktuelle Infos, Mobilisierungsmaterial etc. über die Webseite: http://www.keine-stimme-den-nazis.org

NSU-Verfahren: Nebenklage fordert Einsicht in die vom VS geschredderten Akten

… Heute stellten 29 Nebenklagevertreterinnen und Vertreter einen umfangreichen Antrag auf Beiziehung der nach ihrer Vernichtung teilweise wieder rekonstruierten Akten, die bei der „Operation Konfetti" rechtswidrig im Bundesamt für Verfassungsschutz am 11.11.2011 geschreddert worden waren. Zudem soll der dafür verantwortlicher Mitarbeiter des Amtes mit dem Decknamen „Lothar Lingen" als Zeuge gehört werden.

Die Akten betreffen V-Leute des BfV, die im Rahmen der Operation Rennsteig tätig waren. Dazu zählt unter anderem der V-Mann „Tarif". Da „Tarif" und die weiteren V-Leute im Rahmen der Operation Rennsteig auf den THS bzw. dessen Vorläufer-Organisation „Anti-Antifa Ostthüringen" und auch die NPD und deren Jugendorganisation JN angesetzt waren, also auf das direkte Umfeld von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und der Angeklagten Zschäpe, Wohlleben, Carsten S. und Holger G., ist davon auszugehen, dass sich in ihren Akten Informationen finden, die Verfahrensbezug haben.

In dem Antrag wird ausgeführt, dass nicht nur die anzunehmende Nähe der V-Leute zum Trio und den weiteren Angeklagten dafür spricht, dass diese Akten beizuziehen sind. Vielmehr spricht für die Relevanz der Akten besonders, dass sie im Bundesamt für Verfassungsschutz unmittelbar nach der Selbstenttarnung des Trios vernichtet wurden, gerade weil sich darin Bezüge zum Ursprung des NSU finden lassen.

Beantragt wurde daher neben der Beiziehung der Akten, den dafür verantwortlichen Mitarbeiter de in der Hauptverhandlung zur Vernichtung und zu seinen eigenen Erkenntnissen zu den Beweisfragen zu vernehmen. Es ist davon auszugehen, dass der Zeuge „Lingen" dazu aufgrund seiner Aktenkenntnis und auch aus eigener Tätigkeit zum Beispiel als vertretender V-Mann-Führer des V-Manns „Tarif" Angaben machen kann.

Äußern soll sich außerdem der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz zu der Frage, welche dieser Akten aktuell im Original oder rekonstruiert im Amt vorhanden sind. Dies soll versuchen, sicherzustellen, dass die vorhandenen Unterlagen auch vollständig vorgelegt werden. Daran bestehen Zweifel, da Teile der Akten überhaupt erst rekonstruiert wurden, nachdem der V-Mann „Tarif" angekündigt hatte, ein Buch schreiben zu wollen – obwohl von Seiten des Bundesamtes vorher durchgängig, auch gegenüber dem im Rahmen des ersten Untersuchungsausschuss des Bundestages eingesetzten Sonderermittlers, behauptet worden war, die Akten könnten nicht rekonstruiert werden.

Der Antrag steht auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur diese, sondern auch eine Vielzahl weiterer Akten mit Bezug zum NSU-Komplex durch unterschiedlichste staatliche Stellen in regelwidriger Form vernichtet worden sind.

Die 29 Nebenklägerinnen und Nebenkläger gehen davon aus, dass die Aufklärung der Taten des NSU durch Aktenvernichtung durch staatliche Stellen gezielt be…

Auf rechtlicher Ebene spielen in der Begründung des Antrags die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) eine wesentliche Rolle. Daraus ergibt sich eine starke Rechtsposition der Nebenklage, auch gegen die Staatsanwaltschaft eigene Aufklärungsinteressen zu verfolgen. Dies gilt besonders in Fällen, in denen der Staat beim Schutz des Lebens versagt hat. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) zu Art. 2 und Art. 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) besteht in solchen Fällen nicht nur ein Anspruch auf gründliche und effektive Ermittlung, die zur Identifizierung und Bestrafung der Verantwortlichen führt, sondern insbesondere auch ein Anspruch auf einen effektiven Zugang des Verletzten bzw. Hinterbliebener zu diesen Ermittlungen.

…

NSU-Prozess 03.08.2015 http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2015/08/04/03-08-2015/ ■

Die Republikaner mobilisieren ihren Landesverband

um in Köln ihren Oberbürgermeisterkandidaten vor dem Rathaus zu präsentieren.

Köln, 15.8.2015

„Für Kitas ist kein Geld mehr da – das geht an Asylbewerber aus Afrika“ war die Leitparole, die hinter ihrer „Kundgebung“ prangte. Damit empfehlen sie sich als Verbindungsglied vom „Wutbürger“, der mal sagen will, was gesagt werden muss, zu den Brandstiftern, die jede Verletzung und jeden Tod eines Migranten als Sieg feiern.

Trotzdem war es skurril:

Die Ansprache aller 5 Redner galt nur uns – den Gegendemonstranten.

Sie haben uns beschimpft, als Nazis bezeichnet, stellenweise sogar „Nazis raus“ gerufen. Ein Redner mit Kippa bezeichnete uns als Faschisten, weil er als Jude mit Eiern beworfen wurde. Aber bei Eierwürfen auf Redner rechtradikaler Parteien wird nun mal kein Unterschied in der Glaubensrichtung gemacht.

Sie haben an Demokratie und Toleranz appelliert – die sie bei uns verständlicherweise ihnen gegenüber vermissten. Wir wurden beschworen, wir wollten doch auch leben – und als nach 2,5 Stunden unsere Geduld nachließ, und wir nur noch „aufhören“ riefen, beanstandeten sie die fehlende Lautstärke.

Dass wir ihr alleiniges Publikum sind, sind wir gewohnt, weil sonst niemand zuhören will oder kann. Aber dass selbst alle vorbereiteten Reden nur an uns gerichtet sind – das ist neu.

So jämmerlich das Grüppchen der Republikaner war, so ansehnlich war die Gegenkundgebung: über 150 Leute (Faktor 1:15 ist ok), Transparente, Tafeln, Vuvuzela, Ratschekasten, Trillerpfeifen usw.

Ein Flyer mit einer kurzen Erklärung wäre nicht schlecht gewesen.

Jedenfalls kam kein Zweifel auf, wer in Köln nicht willkommen ist.

Ps.: Vielleicht kann mir jemand von Euch erklären, warum die Reps „Oktoberklub“ rauf und runter spielen?

pb■

Köln kuscht nicht vor den Nazis – Niemals!

Für das Wochenende 24. / 25. Oktober 2015 hat die rechte und neontazistische Hooligan-Szene um „Hogesa“ (‘Hooligans gegen Salafisten’) und Co. erneut Demonstrationen in Köln angemeldet – eine unerträgliche Provokation! Uns allen sind die Bilder ihrer Gewaltexzesse aus dem Vorjahr noch in Erinnerung. Wir fordern Polizei, Ordnungsbehörden, Stadtverwaltung und die Justiz auf, diese geplante Provokation zu verbieten bzw. darauf hinzuwirken!

Das Bündnis „Köln stellt sich quer – für Vielfalt und Demokratie“ wehrt sich gegen Ausländerhetze, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – wie schon im Januar gegen „Pegida“, die wir erfolgreich aus Köln vertrieben haben. Die erschreckend gestiegene Anschlagsserie auf Flüchtlings-Unterkünfte zeigt, wozu Nazis und „Wutbürger“ fähig sind. Wir fordern von Polizei und Sicherheitsbehörden konsequenteren Schutz der Flüchtlinge. Wir fordern von der Justiz eine wehrhaftere Abschreckung für die Gewalttäter.

Unabhängig davon, an welchem Tag ein Aufmarsch durchgeführt und ob die „Hogesa“-Provokation verboten wird oder nicht: „Köln stellt sich quer“ wird am 24. oder 25. Oktober 2015 gemeinsam mit vielen demokratischen Kräften eine Kundgebung mit Demonstration durchführen. Für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt – gegen Neonazis und Gewalt.

Wie im Januar 2015 werden wir auch im Oktober in einem breiten Aufruf mit zahlreichen Unterstützer-Organisationen die Kölner Zivilgesellschaft mobilisieren. Unterstützt uns dabei – wie im Januar 2015. Den Nazis keine Chance in Köln!

Der SprecherInnen-Rat „Köln stellt sich quer“, Anfang August 2015■

KEIN VEEDEL FÜR RASSISMUS

Bad Nenndorf 2015:

Wenige Neonazis und teils brutales Polizeivorgehen

Zum zehnten Jahrestag des Neonaziaufmarsches in Bad Nenndorf blieb alles beim alten und die Zahl der angereisten Neonazis mit rund 200 gering. Bei der teils brutalen Räumung einer Blockade durch die Polizei am Bahnhof wurde eine Frau verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden.

Der Tag in Bad Nenndorf startete früh. Bereits um 9.00 versammelten sich rund 200 Menschen zu einem Gedenkgottesdienst im Kurort. Zur Kundgebung und Demonstration des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“ waren dann rund 800 Menschen gekommen. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle und ein Großteil der Teilnehmer nahm dann an den „Partys“ rund um das Wincklerbad teil, um die ankommenden Neonazis mit ihrem „Trauermarsch“ angemessen zu empfangen und den Aufmarsch – wie jedes Jahr – zu karikieren. Parallel zu den Aktivitäten des Bündnisses kamen weitere 300 Demonstranten des antifaschistischen Bündnisses „Love2Block“ am Bahnhof in Bad Nenndorf an. Wie die letzten Jahre auch, blockierten diese den Zug und damit nachfolgende Züge nach Bad Nenndorf, in denen die Teilnehmer der Neonazi-Demo anreisen wollten. Nach mehreren Durchsagen begann die Polizei gegen Mittag mit der Räumung des Bahnsteigs. Dabei gingen die Beamten teils brutal gegen die Blockierer vor. Mit Schmerzgriffen und äußerst rabiaten Methoden endete die Räumung, als eine Frau im Zuge der Räumung durch die Polizei bewusstlos auf dem Bahnsteig liegen blieb. Da der Bahnsteig ohnehin fast komplett geräumt war, konnte der Zug weiterfahren. Die letzten Demonstranten verließen den Bahnsteig freiwillig. Nach ärztlicher Behandlung wurde die Gegendemonstrantin dann in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht. Die Anreise der Neonazis erfolgte somit nicht nur mit deutlicher Verspätung sondern zu Teilen auch zu Fuß. Erst gegen halb drei konnte der braune Aufzug zum Wincklerbad beginnen.

Antifaschisten aus Hannover gelang es am Vormittag einen Zug im Bahnhof von Bad Nenndorf zu blockieren, so dass Züge mit den anreisenden Nazis nicht einfahren konnten. Ein Teil der Nazis musste daraufhin den Fußmarsch vom nächstgelegenen Bahnhof Haste antreten.
Fotos diese Seite: http://www.ak-regionalgeschichte.de/html/bad_nenndorf_1_8_2015.html

Der Kern der Szene bleibt

Auch zum 10. Jubiläum des geschichtsrevisionistischen Aufmarsches gelang es der extrem rechten Szene nicht, eine größere Zahl Teilnehmer zu mobilisieren. Nur rund 200 Neonazis nahmen in diesem Jahr am Aufmarsch in Bad Nenndorf teil. Damit stabilisiert sich die Zahl der Teilnehmer auf einem niedrigen Niveau wie schon im Vorjahr. Wie auch andere geschichtsrevisionistische „Trauer-„ bzw. „Gedenkmärsche“ schafft es die Szene kaum noch ihre Mitglieder zu mobilisieren. Dagegen stieg in den letzten Monaten die Teilnehmerzahl bei aktionistischen Demonstrationen wieder an. Die Teilnehmer beim neonazistischen Aufmarsch in Bad Nenndorf stammten vor allem aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Als zentrale Figur zeichnete sich in diesem Jahr der nordrheinwestfälische Neonazi Sven Skoda aus. Neben Skoda traten als Rednerinnen auch Michael Brück, Thomas Wulf und Maria Fank aus Berlin auf. Auch die Reden zeigten die radikale Ausrichtung der „Kern-Szene“, welche noch nach Bad Nenndorf reist. So bezeichnete Fank die Gegendemonstranten als „Schande für Deutschland“. Auch Skoda wetterte scharf gegen die anwesenden Gegendemonstranten. Nach den verschiedenen Reden vor dem Wincklerbad liefen die Neonazis zurück zum Bahnhof und begannen nach ihrer Ankunft zügig mit der Abreise.

Eine Blockade der Aufmarschstrecke bzw. des Platzes vor dem Wincklerbad gelang den Gegendemonstranten in diesem Jahr nicht. Allerdings wurden – wie schon in Wunsiedel – wieder Spenden für die Aussteigerhilfe „Exit“ gesammelt.

Felix M. Steiner
http://www.publikative.org/2015/08/02/bad-nenndorf-2015-wenige-neonazis-und-teils-brutales-polizeivorgehen/

Um den Nazis den Weg frei zu machen, räumte die Polizei die Blockade und ging dabei in einigen Fällen mit unangemessener Härte vor.

Zu den Ursachen der Nazihochburg Dortmund:

Vor der Borussenfront gab es die Nazis in den Ämtern

Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, beleuchtet die Gründe für das Anwachsen einer gefährlichen Naziszene in Dortmund. Sein Fazit: Nazis bekamen seit den fünfziger Jahren Hilfe von den Behörden und saßen in den Behörden. „Oft wird Erstaunen über den Nazieinfluss auf die traditionell antifaschistische Stadt Dortmund geäußert. Die Neonazihochburg im Revier nahm ihren Anfang nicht allein mit der Borussenfront in den 80er Jahren. Seite Jahrzehnten gab es starken Nazieinfluss auf die Polizei und die Justiz. Ende der 60er Jahre erfolgte dann ein Übergang vom Einfluss der Altnazis in den Institutionen – sie gingen nach und nach in Pension – zum Einfluss der Neonazis in der Gesellschaft."

Zum typischen Personal der Dortmunder Nachkriegspolizei gehörte ein Kriminaloberrat Dr. Josef Menke, ein Mann mit krimineller Nazivergangenheit. Über ihn liegt ein Zeitungsbericht vom 22.9.1959 vor. Darin wird eine Stellungnahme der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV) zitiert: „Unverantwortlich erscheint es uns, den ehemaligen SS-Sturmbannführer Kriminalrat Dr. Menke, als Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund einzusetzen, obwohl den verantwortlichen Herren im Innenministerium die SS-Akte des Herrn Dr. Menke bekannt war und er auf Einspruch der Gewerkschaft ÖTV eben wegen seiner SS-Vergangenheit für eine Ernennung als Leiter des Landeskriminalamtes auch vom Innenministerium als nicht würdig befunden wurde. ..." Aus den Akten der parteistatistischen Erhebung gehe hervor, dass Dr. Menke am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten sei. Am 1.7.1933 wurde er Mitglied der SA, am 17.12.1939 Mitglied der SS. Er wurde am 20.4.1943 zum Sturmbannführer befördert. Der Polizei gehört Dr. Menke seit Juli 1934 an (laut Westfälische Rundschau).

Nachdem die Menkes weg waren, setzte eine andere Form des Einflusses der Nazis ein. Die 1964 gegründete NPD stand 1969 kurz vor dem Einzug in den Bundestag, nachdem sie bereits in vielen Landtagen saß. Sie betrieb einen aggressiven Wahlkampf – der Widerstand dagegen war jedoch beträchtlich. Nur knapp verfehlte die NPD den Bundestag, - aber sie verfehlte ihn. Besonders eine Protestaktion der Demokraten in Dortmund vom 14. September 1969 wird immer wieder als entscheidend für die Niederlage der Nazis genannt. Doch diese war nicht nur ein Erfolg – die öffentliche Stimmung gegen die Nazis wuchs zwar. Es war andererseits auch ein Misserfolg; denn der Polizeipräsident Fritz Riwotzki (seit 1957 auf dem SPD-Ticket als Polizeipräsident tätig) setzte ein großes Polizeiaufgebot und Stacheldrahtverhaue gegen die Demonstranten ein. Er weigerte sich, ein Verbot der NPD-Veranstaltung auszusprechen. Die NPD durfte ihren Auftritt mit ihrem Chef Adolf von Thadden haben, wenn auch eingeschränkt. Riwotzki (1910 – 1978, selbst Naziverfolgter und KZ-Häftling) berief sich auf Anordnungen der SPD-Landesregierung unter Heinz Kühn. Demonstranten, darunter hohe SPD-Kommunalpolitiker, drohte er Strafverfolgung an, wenn sie nicht vom Protest abließen oder wenn sie gar ihn in seinen Räumen bedrängten.

Bündnis von Polizei und Neonazis

Es setzte die Zeit ein, da der Neonaziszene durch die Polizei viel Hilfe zuteil wurde. Erinnert sei an das Deutschlandtreffen der NPD, das 1979 und 1980 in Frankfurt stattfand und in deren Verlauf sich „Rock gegen Rechts" gründete. Der Protest führte dazu, dass die NPD aus Frankfurt weichen musste. Nach geheimen Absprachen mit Polizeipräsident Wolfgang Manner erhielten die Neonazis für den 17. Juni 1981 in Dortmund den Nordmarkt zugesprochen.

Am 23. August 1985 verbündeten sich Nazis und Polizisten. Die nazistische Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) versuchte, in der Schlosserstraße, Nähe Westfalenhütte, mit Hilfe der neonazistischen „Borussenfrontkader" ein Zentrum in einer Wohnung zu etablieren. Dies schlug aber fehl. Denn Hunderte Arbeiter besetzen die Straße. Am Eingang zur Westfalenhütte wurde am selben Tag eine Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Belegschaftsmitglieder enthüllt. Die Polizei hatte die Eröffnung des Zentrums gründlich vorbereitet! Offenkundige Sympathie-Äußerungen des Leiters des Schutzbereich Nord, Hartmut Reikow, der das Verhalten der Polizei gegenüber der FAP laut Frankfurter Rundschau rechtfertigte, sind verbürgt: Dass FAP-Anhänger „recht bestrebt sind, der Polizei die Wahrheit zu sagen, weil sie so eingestellt sind, für Recht und Ordnung zu kämpfen".

Bereits einige Monate vorher war dies geschehen: Am 11. Mai 1985 wollte die FAP eine NRW-weite Wahlkampfkundgebung auf dem Stahlwerkplatz abhalten. Mehrere hundert Antifaschisten konnten dies tatkräftig verhindern. Die Nazis konnten ihr damaliges Zentrum infolge von Protesten nicht verlassen. Daraufhin orderte die Polizei einen Schulbus, mit dem sie die Nazis zum CEAG-Gebäude (Ecke Münsterstr./Eberstr.) brachten, wo sie dann ihre Veranstaltung abhalten konnten. Die Kosten für den Bus wurde einem Antifaschisten auferlegt. In der Zeitschrift „Klüngelkerl" vom Oktober 1985 ist das Schreiben in Auszügen wiedergegeben:

„Dortmund, den 23. Aug. 1985

Betr.: Erstattung von Auslagen des Landes Nordrhein-Westfalen

hier: Kosten der Busgestellung durch die Firma OLYMPIA-Busbetriebe anläßlich der Kundgebung der FAP am 11.5.1985 Sehr geehrter Herr ...!

Am 11.5.1985 wollte die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) eine ordnungsgemäß angemeldete und genehmigte Kundgebung in 4600 Dortmund...

abhalten.

Eine Personengruppe, zu der auch Sie zählten ... versuchte, die FAP-Kundgebung gewalttätig zu stören. ...

Zur Vermeidung weiterer Ausschreitungen zwischen Ihrem bewaffneten Personenkreis und den Veranstaltungsteilnehmern, war es notwendig, die Kundgebungsteilnehmer und Sympathisanten der FAP, sofern sie nicht selbst motorisiert waren, mit deren Zustimmung im Wege der Ersatzvornahme mit einem Bus ... zu einem anderen Gebäude zu bringen. ...

Da Sie sich bei den gewalttätigen Ausschreitungen besonders hervortaten, erlasse ich hiermit gem. §§ 1, 4, 8, 28 und 30 des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen gegen Sie einen Leistungsbescheid über die Zahlung von 150,- DM Busgestellungskosten 21,- DM MWST

insgesamt: 171,- DM

...“

Kommentar überflüssig.

Parallel zur Polizei: Rechtslastiges in der Justiz

Ich habe bisher nur die Polizeiskandale behandelt. Auch die Dortmunder Justiz hat in der Geschichte der der Auseinandersetzungen mit Nazis ihre Merkwürdigkeiten aufzuweisen. Nazis überfielen am 25. Mai 2014 das Rathaus, um den Kommunalwahlabend nach der Wahl zu stören. Demokraten stellten sich ihnen entgegen – und wurden dann als die ei-

gentlichen Gesetzesbrecher mit Strafverfahren überzogen. (Urteile stehen noch aus.)

Bereits im Prozess gegen die Täter der Rombergpark- und Bittermarkmorde wurde die zweideutige Rolle der Justiz deutlich. In der Urteilsbegründung des Schwurgerichts in Dortmund, die am Freitag, dem 4.April 1952 gegeben wurde, spiegelt sich das entschiedene Plädoyer des Staatsanwalts kaum wider. Im Urteil sind den Angeklagten viele „mildernde“ Umstände für ihren Massenmord zugute gehalten worden. Nicht mit Beifall, sondern mit „Unerhört“ und „Pfui“ wurde das Urteil aufgenommen. Niemand wurde als Mörder verurteilt. Es gab nur Gefängnisstrafen bis zu 6 Jahren. Und die wurden nicht einmal voll abgesessen. Das höchste Strafmaß galt einem ehemaligen KZler, der wegen angeblicher Denunziationen der Opfer zu zehn Jahren verurteilt wurde, die er voll absaß.

Ein weiteres Beispiel: Im Arbeitserziehungslager Hunswinkel/Sauerland haben Gestapo-Leute am 4. Februar 1945 14 kriegsgefangene Russen erschossen. Die Russen wurden in eine Grube geführt und durch Genickschuss getötet. Das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei, die zwar eine Beihilfe zum Mord begangen hätten, aber ihnen sei nicht nachzuweisen, „dass sie die Unrechtmäßigkeit auch voll erkannt hätten“.

Der Vorsitzende Richter in Dortmund, Landgerichtsdirektor Anton Rheinländer, schreibt am 25. Juni 1953 an die VVN Dortmund und droht ihr ein Strafverfahren an. Was war geschehen? Rheinländer war 1947 Mitbegründer der VVN Dortmund und führte nun politische Prozesse gegen VVN-Mitglieder, wogegen die VVN Dortmund protestiert hatte. Den Protestbrief, in dem Rheinländer mit antifaschistischen Äußerungen von früher konfrontiert wurde, empfindet er nun als beleidigend.

Keine kriminellen Vereinigungen auf der Rechten

Im Februar 1994 nahm die VVN-BdA Dortmund Stellung zu einem Prozess, in dem gegen Neonazis nach Paragraph 129 (Bildung einer kriminelle Vereinigung) verhandelt werden soll. Die Staatsanwaltschaft hatte den Prozess beantragt, der nur nach Intervention höherer Gerichte dann vor einem unwilligen Gericht in Dortmund verhandelt wird. Die VVN-BdA forderte die Durchführung des Prozesses. Erfolglos.

Eng verbunden mit den Naziskandalen um die Justiz von Dortmund ist der Fall Priebke. SS-Hauptsturmführer Erich Priebke war am 24.3.1944 in Rom beteiligt am Massaker an 335 Geiseln. 1946 floh er aus alliierter Haft, und zwar mit Hilfe des katholischen Bischofs Alois Hudal nach Argentinien. Am 7.3.1998 wurde er in Rom zu lebenslanger Haft verurteilt, er war zurückgekehrt, weil er nicht wusste, dass seine Akte wieder aufgetaucht war. Diese hatte die VVN-BdA NRW in einer umfangreichen Regierungsdokumentensammlung aufgefunden. In der „Westfälischen Rundschau“ berichteten wir, dass die für die Strafverfolgung Priebkes in den 60er Jahren verantwortliche Staatsanwaltschaft Dortmund bis in die 70er Jahre hinein von früheren Nationalsozialisten geleitet wurde. Das Verfahren gegen Priebke war 1971 eingestellt worden. Die Zeitung schrieb unter Berufung auf eine Antwort des früheren NRW-Justizministers Rolf Krumsiek (SPD) von 1995 auf eine Große Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion, auch die Generalstaatsanwälte dieser Jahre in Hamm und Köln, bei denen die Dienstaufsicht über die beiden Zentralstellen lag, hätten vor 1945 sämtlich der NSDAP und anderer NS-Organisationen wie SA und Nationalsozialistischem Richterbund (NSRB) angehört (lt. TAZ 26. August 1996).

Im Dezember 2006: Ein dreiundeinhalbes Jahr zuvor gestellter Strafantrag der VVN-BdA gegen die Nazibands Oidoxie und Weiße Wölfe kommt nach Absprachen zwischen Nazianwälten und Gericht nicht zustande. Der Prozess droht zu platzen, nachdem der Innenminister einem V-Mann Aussageverbot erteilte. Das V-Mann-System zum Nutzen der Nazis!

Persönlichkeiten aus Kirchen und Gewerkschaften sind verbittert

Jutta Reiter (DGB) und Friedrich Stiller (Ev. Kirchenkreis) haben in einer Dokumentation über die Ereignisse des 25. Mai 2014 am Dortmunder Rathaus die höchst bedenkliche Entwicklung so bewertet:

„Dieser Vorgang macht deutlich, dass Provokationen der Nazis, Reaktionen der Bürgerschaft und das Verhalten der Polizei sowie die strafrechtliche Bewertung durch die Justiz nicht mehr zueinander passen. Die Wahlnacht wird aus der Distanz heraus zu einem besonders eindrucksvollen Beispiel dafür, dass eine politisch scheinbar neutrale Justiz den eigentlichen Punkt der Bedrohung gar nicht mehr versteht; dass eine politisch scheinbar neutrale Polizei - ob in gutem Glauben oder nicht - zu weltfremden Bewertungen auch konkreter Situationen kommt. (…) Das Ganze ist ein bedenklicher Vorgang. Zeigt er doch die Entfremdung, die seitens Polizei und Staatsanwaltschaft gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteuren eingetreten ist. Eine Entfremdung, die schwer wiegt. Denn die ‚Kunst‘ der Dortmunder Neonazis liegt genau darin, sich einerseits scheinbar regelkonform zu verhalten, andererseits immer deutlich zu machen, dass sie sich in direkter Linie mit dem NS-Staat sehen und immer wieder zur Gewaltanwendung bereit sind.“

Ein Grundsatzbeschluss, der nicht ernst genommen wird

Würde die Justiz den Grundsatzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts ernst nehmen, dann dürfte es das Zusammenspiel der Behörden mit den Nazis nicht geben. Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 4. November 2009 erklärt: „Angesichts des einzigartigen Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat“, sind das Grundgesetz und die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland „geradezu als Gegenentwurf“ zum nationalsozialistischen Regime zu verstehen.“ „Das bewusste Absetzen von der Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus war historisch zentrales Anliegen aller an der Entstehung wie Inkraftsetzung des Grundgesetzes beteiligten Kräfte.“ (Aus den Leitsätzen zum Beschluss des Ersten Senats vom 4.11.2009 - 1 BvR 2150/08).

Die Gegnerschaft zur Naziherrschaft ist demnach Verfassungsgebot und Staatsdoktrin. Die Gegnerschaft zum Nazismus wird von demselben Bundesverfassungsgericht jedoch immer wieder ausgeblendet, wenn es um die Bewilligung von Naziaufmärschen in den Städten unseres Landes geht. So kam es zur ausdrücklichen Genehmigung von Nazi-Propaganda, die seit dem Potsdamer Abkommen von 1945 völkerrechtlich verboten ist. Laut Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gilt ab März 2015 dies: „Auch das öffentliche Auftreten neonazistischer Gruppen und die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts in öffentlichen Versammlungen – ‚soweit sie die Strafbarkeitsschwelle nicht überschreiten‘ – sei

durch die Versammlungsfreiheit geschützt.“ (zitiert nach dpa, Wortlaut des Gerichts: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1393_do_nazis_vg_gelsenkirchen.htm)

Somit durften Dortmunds Neonazis den zehnten Jahrestag eines Nazimords an einem Punk öffentlich feiern. (Az. 14 L 474/15).

Schon seit 1984 ist den Rassisten genehmigt, ihrer Ausländerfeindlichkeit freien Lauf zu lassen. Mir wurde auf meine Anzeige gegen die Neonazis Borchardt und Scholz vom 10. Mai 1988 von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass „die Parole ‚Ausländer raus‘ nicht den Tatbestand der Volksverhetzung“ erfüllt, „so dass trotz des ausländerfeindlichen Inhalts des Flugblattes eine Straftat nicht festgestellt werden kann.“ Dies hätte der Bundesgerichtshof am 14.3.1984 so entschieden.

Antifaaktionen zum zehnten Jahrestag der Ermordung des Punks Schmuddel durch einen Nazi, 28.3.2015 (Foto: r-mediabase.eu)

Ungesühnte politische Morde

Solche Morde, wie den an dem Punk Thomas Schulz im März 2005, gab es mehrere Male in Dortmund. Im Jahre 2000 erschoss ein Dortmunder Neonazi drei Polizistinnen und Polizisten und sich selbst. „Er war einer von uns“, schrieben Neonazis später in anonymen Flugblättern. Trotz dieses Bekenntnisses wurden die Morde des Berger nie zu Ende recherchiert. Der Mord an Thomas Schulz 2005 wurde zur unpolitischen Tat eines Einzeltäters erklärt. Dass dieser fest in der Naziszene verankert war, spielte keine Rolle. Einer der NSU-Morde von 2006 stand offenbar mit der Dortmunder Szene im Zusammenhang, was nie aufgeklärt wurde. Und was nun andernorts für Entsetzen sorgte, die bedrohlichen Aufmärsche vor Wohnhäusern ihrer Opfer, ist in Dortmund gang und gäbe. Fast täglich findet vor einer Flüchtlingsunterkunft derzeit ein Naziaufmarsch statt.

Lang ist es her, dass höchste Gerichte in NRW so entschieden: „Rechte Aufmärsche, die von einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus geprägt sind, müssen nach Ansicht des Präsidenten des NRW-Oberverwaltungsgerichtes, Michael Bertrams, verboten werden. Eine rechtsextremistische Ideologie sei von Grundgesetz von vornherein ausgeschlossen und lasse sich auch mit Mitteln des Demonstrationsrechtes nicht legitimieren.“ (DPA am 26. März 2001)

Ulrich Sander

Hass-Propaganda im Internet

Menschen, die Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte begehen, können sich nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Thomas Pfeiffer durch Hass-Propaganda von Rechtsextremisten im Internet ermutigt fühlen. Momentan seien Proteste gegen den Bau von Asylbewerberheimen das Top-Thema für Rechtsextremisten, sagte der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen dem Evangelischen Pressedienst: „Sie sehen das als Chance, Menschen außerhalb der Szene anzusprechen.“ Online vermittelten Nazis in einigen Kommentaren und auf eigenen Webseiten zwischen den Zeilen, dass Anschläge auf Unterkünfte legitim seien: „Ihre Botschaft ist, dass die Übergriffe Ausdruck eines breiten Volkswillens seien.“

Propaganda im Internet gegen Flüchtlinge habe in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen, erläuterte Pfeiffer. Dabei versuchten die Rechtsextremen häufig, ihre Gesinnung zu verschleiern. „Sie inszenieren sich online oft als eine Art Sachwalter der kleinen Leute, die das vertreten, was die schweigende Mehrheit angeblich denkt.“ In sozialen Netzwerken argumentierten sie häufig nicht offen rassistisch: „Sie wollen Menschen in der Mitte der Gesellschaft nicht verschrecken.“

Die Zahl der Angriffe auf Asylbewerberheime in Deutschland hat sich nach Angaben des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr auf 175 verdreifacht. Im ersten Halbjahr 2015 ist die Zahl erneut stark gestiegen, bis Ende Juni wurden bereits 150 Straftaten gezählt.

Nazis nutzten das Internet seit dem Aufkommen des Mediums besonders intensiv, erläuterte Pfeiffer. Die ersten rechtsextremen Webseiten habe es bereits Mitte der 90er Jahre gegeben. „Es war für die Nazi-Szene nie ein Widerspruch, uraltes Denken mit modernen Medien zu verbinden.“ Inzwischen setzten sie besonders auf die sozialen Netzwerke. „Die wichtigste Zielgruppe für Rechtsextremisten sind Jugendliche und junge Erwachsene. Sie hoffen, diese mit modernen Online-Auftritten zu erreichen.“

Wenn Nutzer aggressive, rassistische Kommentare und Botschaften im Internet entdecken, sollten sie den Betreiber des jeweiligen Netzwerks informieren, sagte Pfeiffer. „Bei den großen Anbietern sozialer Medien ist das einfach möglich.“ Solche Hinweise nähmen auch Online-Meldestellen wie jugendschutz.net entgegen. Ob es sinnvoll sei, mit einem Kommentar direkt zu widersprechen, könne er nicht pauschal empfehlen, erläuterte Pfeiffer. Das hänge von der jeweiligen Plattform ab. „Auf jeden Fall sollte man bedenken: Eine hasserfüllte Botschaft, die unwidersprochen bleibt, bestätigt denjenigen, der sie gepostet hat.“ Dadurch entstehe der Eindruck, solche Auffassungen seien normal.

Staatliche Beobachtung und Strafverfolgung stoße im Internet an ihre Grenzen, sagte Pfeiffer. Manchmal sei es sehr schwierig, die Identität eines Kommentators zu ermitteln oder die Botschaft zu entfernen. „Die Vorstellung eines Internets ohne diese Hass-Propaganda ist leider eine Illusion

Quelle: http://www.migazin.de 12.8.2015

Landkreise locken mit „Rückkehrprämien“

Der Landkreis Lörrach gewährt Asylsuchenden aus Balkanstaaten sog. Rückkehrprämien im Umfang von zwei Monaten Sozialleistungen, wenn sie sich zur Rücknahme des Asylantrags und schließlich zur freiwilligen Ausreise bereit erklären. Die Zahlung wird allerdings an die Bedingung geknüpft, dass sich die Betroffenen verpflichten, später nicht wiederzukommen und falls sie dies doch tun, zur Rückzahlung verpflichtet sind. Nach einem Bericht der Badischen Zeitung hätten 107 von 361 aktuell im Kreis untergebrachten Balkanflüchtlinge dieses Angebot bereits angenommen und würden in Kürze ausreisen. Andere Landkreise haben offenbar vor, dem Lörracher Modell zu folgen. Der Kreis Lörrach will mit dieser Politik die Probleme bei der Unterbringung von Asylsuchenden entlasten.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 2.8.2015 ■

Weitere Erstaufnahmestellen in Planung

Baden-Württemberg. Aufgrund der weiter steigenden Flüchtlingszahlen plant die Landesregierung die Einrichtung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen und von Notunterkünften. Beim Flüchtlingsgipfel am 27.7. wurde angekündigt, dass zu den bestehenden rund 9.000 Plätzen in den teils deutlich überfüllten Aufnahmezentren weitere knapp 10.000 Aufnahmeplätze geschaffen werden sollen. So soll in der ehemaligen Polizeiakademie in Wertheim (Main-Tauber-Kreis) eine LEA für ca. 1.000 Personen entstehen. In Neuenstadt am Kocher wurde eine Zelt-Notunterkunft für 200 Personen zur Entlastung der LEA Ellwangen kurzfristig eingerichtet. In Sigmaringen wurde in der vergangenen Woche eine LEA in der Staufenberg-Kaserne für bis zu 400 Menschen eröffnet. In Tübingen soll eine LEA in einem „Luftkissenzelt“ neben dem Landratsamt eingerichtet werden.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 4.8.2015 ■

Thüringen: Zelte sind keine Option

Immer spruchreifer wird die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen und Zelten. Diese aktuelle Entwicklung in der Debatte betrachtet der Thüringer Flüchtlingsrat sehr besorgt. Martin M. Arnold, Mitarbeiter des Flüchtlingsrates sagt dazu „es ist nicht hinnehmbar, dass einige Verantwortliche bereit sind, schutzsuchende und traumatisierte Menschen über Monate in Zelte zu stecken“. Stattdessen sollte endlich der Wohnungsmarkt für Flüchtlinge geöffnet und diskriminierende Hürden bei der Unterbringung abgebaut werden. Nur so werden auch Kapazitäten für neu aufgenommene Flüchtlinge frei.

Mit dieser Einschätzung steht der Thüringer Flüchtlingsrat nicht alleine da. Auch das Deutsche Institut für Menschenrechte forderte unlängst die Öffnung des Wohnungsmarktes für geflüchtete Menschen. „Es ist doch absurd, dass erst im Mai 2015 der Thüringer Verband der Wohnungswirtschaft einen Anstieg des Wohnungsleerstands auf 8,3 Prozent feststellt und wir nun über Zeltstädte diskutieren müssen. Es scheitert offenbar am Willen und der Kreativität einiger Landkreise.“ so Arnold weiter.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 11.8.2015 ■

Unbegleitete Flüchtlinge: Kritik an Schwesig-Plänen

Das Bundesfamilienministerium will die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland verbessern. Diese müssen derzeit von Jugendämtern an ihrem Einreiseort untergebracht und betreut werden. Bestimmte Kommunen wie Hamburg sind deshalb stark belastet. Künftig sollen die Jugendlichen über die Bundesländer verteilt werden.

Derzeit leben über 18.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, die meisten stammen aus Afghanistan, Syrien, Somalia und Eritrea. In diesem Jahr wird ihre Zahl deutlich ansteigen. Aktuell ist es gesetzlich verboten, diese Jugendlichen nach der Einreise durch Deutschland zu verteilen, um ihnen nach der Flucht weitere Belastungen zu ersparen. Das will Schwesig ändern. Mehr Kommunen sollen so an der Aufnahme beteiligt werden. Zudem will sie das Alter, von dem an unbegleitete Flüchtlingskinder ohne einen vom Staat bereitgestellten Vertreter auskommen müssen, von 16 auf 18 Jahre anheben.

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BUMF) lehnt Schwesigs Pläne ab. „Wir sehen die Notwendigkeit der Entlastung einzelner Kommunen“, heißt es in einer Stellungnahme. Nicht die passgenaue Unterbringung der Minderjährigen aber stehe im Mittelpunkt, sondern die quotale Verteilung. Es fehlten „Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten“ sowie eine unabhängige rechtliche Vertretung. Die Jugendlichen hätten keine Möglichkeit, sich gegen die Umverteilung zu wehren, ihr Asylverfahren würde sich verzögern, so der Verband.

Quelle: Publikation „Forum Migration August 2015“ ■

Keine neue Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge

„Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird mehr und mehr zum Abschreckungsinstrument gegen Flüchtlinge. Wenn der Präsident dieses Bundesamtes immer neue und immer mehr Abschreckungs- und Repressionsmaßnahmen durchsetzt, wird das Grundrecht auf Asyl und die individuelle Prüfung der Fluchtgründe zur Farce. Das ist ein rechtsstaatliches und humanitäres Versagen mit Ansage“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zu den Ankündigungen des BAMF-Präsidenten, Wiedereinreisesperren und Taschengeldkürzungen zehntausendfach gegen Flüchtlinge vom Balkan zu verhängen. Jelpke weiter:

„Asyl ist ein individuelles Grundrecht. Das heißt, jeder hat das Recht auf eine genaue und persönliche Prüfung seines Antrags – egal, wo er herkommt. Die Debatte über sichere Herkunftsstaaten, Speziallager für bestimmte Flüchtlingsgruppen, repressive Maßnahmen geht aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Asylbewerber vom Westbalkan werden nicht mehr als Individuen wahrgenommen, sondern nur noch als Massenerscheinung, auf die mit einem pauschalisierenden Ansatz reagiert wird. Was da vom Bund und den meisten Ländern betrieben wird, hat mit dem individuellen Schutzgedanken des Grundrechts auf Asyl nichts mehr zu tun. „DIE LINKE lehnt derartige Abschreckungsmaßnahmen ab. Vor dem Grundgesetz und dem darin enthaltenen Grundrecht auf Asyl sind alle gleich. Die Bundesregierung kann ihre Sonntagsreden über eine Willkommenskultur und ihre Empörung über Brandanschläge auf Asylunterkünfte stecken lassen, so lange ihre Politik von Abschreckung, Repression und Stigmatisierung von Flüchtlingsgruppen geprägt ist.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 9.8.2015 ■

Kosovo, Albanien und Montenegro „sichere Herkunftsländer“

Nicht wirklich überraschend, fordert der CDU-Landesvorsitzende und Abgeordnete im Europaparlament David McAllister, dass Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Drittstatten“ erklärt werden. McAllister ist „ständiger Berichterstatter“ des EU-Parlaments für Serbien. Laut „rundblick“, einer (online-)Zeitung, die aus dem niedersächsischen Landtag berichtet, habe McAllister in letzter Zeit häufig den Westbalkan besucht. Rundblick beruft sich dabei auf ein Interview, dass er dem Handelsblatt gegeben hat. Bei den Besuchen auf dem

Westbalkan hat er wohl den Eindruck gewonnen, dass die Staaten dort „sichere Herkunftsländer“ seien.

Zahlreiche Recherchereisen, wie z.B. die der Bremer-Recherche-Gruppe, die im Februar im Kosovo war, belegen freilich in Bezug auf Minderheiten genau das Gegenteil, ebenso wie die Tatsache, dass in anderen EU-Ländern namentlich Roma-Angehörigen nicht selten ein Schutzstatus zugesprochen wird.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 5.8.2015 ■

Speziallager für Balkan-Flüchtlinge widersprechen Grundrecht auf Asyl

„Asyl ist ein individuelles Grundrecht. Das heißt, jeder hat das Recht auf eine genaue und persönliche Prüfung seines Antrags – egal, wo er herkommt. Die Debatte über Speziallager für bestimmte Flüchtlingsgruppen geht aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Asylbewerber vom Westbalkan werden nicht mehr als Individuen wahrgenommen, sondern nur noch als Massenerscheinung, auf die mit einem pauschalisierenden Ansatz reagiert wird. Was da vom Bund und den meisten Ländern betrieben wird, hat mit dem individuellen Schutzgedanken des Grundrechts auf Asyl nichts mehr zu tun.“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, angesichts der Diskussion über Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten. Jelpke weiter:

„Den Entscheidern im Bundesamt für Migration wird vor allem von Union und SPD suggeriert, dass Flüchtlinge vom Westbalkan bestenfalls ein oberflächliches Schnellverfahren verdienen. Gerade angesichts der Tatsache, dass im Bundesamt in diesen Wochen eine Menge Neueinstellungen vorgenommen werden, viele Sachbearbeiter also noch wenig Erfahrung mit gründlichen Asylverfahren haben, ist eine solche Haltung fatal. Denn sie besagt im Prinzip: Weil ein großer Teil dieser Schutzsuchenden keinen Schutzstatus erhält, soll ihn eigentlich überhaupt keiner aus dieser Gruppe bekommen. Schnell anhören, schnell abschieben und schnell übersehen, dass es in den Ländern des Westbalkans sehr wohl Formen politischer Verfolgung gibt. Nur allzu gerne wird in Deutschland auch übersehen, dass insbesondere Roma dort einem starken rassistischen Hass ausgesetzt sind, der aber aus politischen Gründen hierzulande nicht als legitimer Fluchtgrund anerkannt wird.“ *http://www.ulla-jelpke.de 7.8.2015* ■

Was alle machen, muss nicht gut sein

Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), verteidigt die Balkan-Sonderlager. Sie seien keine bayerische Spezialität, sondern ein Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, der jetzt in Bayern umgesetzt werde. Überall gehe das geräuschlos über die Bühne, „nur in Bayern diskutiert man darüber.“

„Wir sind froh, dass wenigstens in Bayern und von hier aus auch in anderen Bundesländern über die Balkan-Sonderlager diskutiert wird. Sie sind menschenunwürdige Sonderlager, die zu einem großen Teil Roma treffen“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Der Bayerische Flüchtlingsrat würde es sehr begrüßen, wenn sich der BAMF-Präsident öffentlich auch dafür einsetzen würde, dass die Asylanträge von Balkan-Flüchtlingen sehr genau geprüft werden. Denn in anderen EU-Staaten sind ihre Anerkennungsquoten teilweise um ein vielfaches höher. Ebenso zu begrüßen wäre es, wenn er sich öffentlich für ein Einwanderungsgesetz stark machen würde, das Menschen aus den Balkan-Staaten einen Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt ebnen würde. Sie müssten dann nicht mehr den erfolglosen Weg über das Asylverfahren nehmen.

„Anstatt sich für die Fließband-Abfertigung und schnelle Abschiebung von Balkan-Flüchtlingen stark zu machen, würde es Präsident Schmidt gut zu Gesicht stehen, dafür zu sorgen, dass der Rückstau von 250.000 unbearbeiteten Asylanträgen abgebaut wird“, ergänzt Thal. „Denn viele Flüchtlinge warten bis zu zwei Jahre darauf, dass sie endlich vom Bundesamt interviewt und zu ihren Fluchtgründen befragt werden und eine Anerkennung erhalten. Dieses Warten zermürbt die betroffenen Flüchtlinge, die in Bayern bis dahin in Flüchtlingslagern untergebracht werden.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 7.8.2015 ■

Verwirrende Zahlen und Statistiken schüren Angst vor Überfremdung

In der deutschen Flüchtlingsdebatte schüren nach Einschätzung der Historikerin Simone Eick (43) verwirrende Zahlen und Statistiken eine diffuse Angst vor Überfremdung. Um dem zu begegnen, helfe nur eine transparente Form der Information und Aufklärung, sagte die Direktorin des Deutschen Auswandererhauses in Bremerhaven dem Evangelischen Pressedienst. Deutschlands einziges Migrationsmuseum rund um die Themen Aus- und Einwanderung besteht am Samstag zehn Jahre. Jährlich sehen eigenen Angaben zufolge etwa 200.000 Besucher die Ausstellungen im Haus.

Viele Menschen wüssten gar nicht, wie viele Flüchtlinge Deutschland anerkenne und dauerhaft aufnehme, verdeutlichte Eick. So habe das Team im Auswandererhaus 500 Besucher gefragt, wie groß diese Zahl im vergangenen Jahr gewesen sei. Die Antworten hätten gezeigt, dass die veröffentlichten Statistiken offenbar zu Fehleinschätzungen führten: „Nur zwei bis drei Prozent wussten, dass es etwa 42.500 Flüchtlinge waren, die dauerhaft aufgenommen wurden. Über zehn Prozent meinten, es seien über eine Million. Und die anderen haben sich irgendwo dazwischen bewegt.“

Um das Verständnis für Zahlen und die Situation von Migranten zu verbessern, vermittelt das Auswandererhaus Fakten und Geschichten von Aus- und Einwanderern über emotionsgeladene Inszenierungen. So nehmen Besucher für die Dauer des Museumsbesuches die Identität eines Auswanderers an und erleben, was er damals erlebt hat. „Migration hat viel mit Hoffnungen, Mut und Ängsten zu tun“, betonte Eick. „Und Emotionen können sie nicht in eine Vitrine packen und ausstellen, die können sie nur auslösen.“

Für die Zukunft wünscht sich Eick eine sachliche und offene Debatte um Flüchtlinge und Migration, die Ängste nicht ausspare, gleichzeitig aber in einer angemessenen Sprache geführt werde. „Die Sprache ist wichtig, weil sie den Umgang mit dem Thema prägt.“ Das Auswandererhaus analysiere gerade für eine Sonderausstellung ab Herbst zum Verhältnis der Deutschen zu Fremden die deutschen Medien der 1970er Jahre. „Da entstehen Gewaltbilder im Kopf, wenn von Lawine, von Überrollen, von Türkenscharen gesprochen wurde.“ Das sei schon besser geworden. Das Auswandererhaus wollen dazu beitragen, dass sich das auch weiter verbessere.

Quelle: http://www.migazin.de 10.8.2015 ■

Gegen die Inszenierung des Notstands: „Fluten, Wellen, Ströme“ – Flüchtlinge sind keine Naturkatastrophe

Neues Positionspapier des SFR

In einem aktuellen Positionspapier übt der Saarländische Flüchtlingsrat (SFR) deutliche Kritik an der laufenden Asyldebatte. Bedrohungsszenarien wie „Flüchtlingsstrom schwillt an...“ oder „ungebremster Zustrom von Flüchtlingen“ oder gar die Rede vom „übergesetzlichen Notstand“ erinnerten an die rassistischen Szenarien der 1990er Jahre wie „Asylantenflut“ oder „das Boot ist voll“. „Im biologistischen Bild der Naturkatastrophe (Fluten, Wellen, Ströme) wird Flüchtlingen das Menschsein abgesprochen.“, erklärte Roland Röder für den SFR und weiter: „Diese Bilder erklären Flüchtlinge zu ‘existenziellen Problemen’, die unsere Gesellschaft managen oder schlimmer noch sich vom Hals schaffen muss.“

Das spiele rechtspopulistischen Parteien oder Bewegungen wie PEGIDA direkt in die Hände.

„Auch das Unwort vom Asylmissbrauch ist eine wiederkehrende Stereotype im deutschen Einwanderungsdiskurs.“, ergänzte Peter Nobert ebenfalls für den SFR. „Von der Sache her gibt es überhaupt keinen Asylmissbrauch, sondern lediglich eine Ablehnung des Asylantrags durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).“ Wer von Asylmissbrauch spreche, ziele auf Ablehnung der Flüchtlinge in der Bevölkerung.

„Heute gibt es neben politischer Verfolgung viele weitere Gründe, warum Menschen flüchten müssen.“, so Peter Nobert weiter. Der Saarländische Flüchtlingsrat sortiere nicht nach Gründen. Aus menschenrechtlicher Sicht sei es unerheblich, warum Menschen flüchten würden - aber wer flüchten müsse, habe einen Anspruch auf Schutz. Nach wie vor gebe es in unserer Gesellschaft oft ein Desinteresse gegenüber den Lebensbedingungen des globalen Südens. Doch niemand könne so tun, als habe er damit nichts zu tun.

„Vieles, was aktuell im Saarland in Sachen Flüchtlingspolitik passiert, passiert Hals über Kopf. Die Landesregierung reagiert auf eine Situation, auf die sie sich nicht vorbereitet hat.“, kritisierte Roland Röder. So hänge im Saarland die hohe Zahl an Flüchtlingen im Flüchtlingslager Lebach damit zusammen, dass dieses über viele Jahre zu einer Daueraufenthaltsstätte zweckentfremdet worden sei. Eine Verteilung von Flüchtlingen in die Kommunen finde erst wieder seit Kurzem statt und es räche sich jetzt, dass in den Jahren davor die Aufnahme in den Kommunen überhaupt nicht vorbereitet worden sei. „Darüber hinaus ist bei einem Leerstand von rund 20.000 Wohnungen in den Kommunen noch Luft nach oben.“, so Roland Röder abschließend. Kurzfristige Übergangslösungen wie Zelte oder Lebensmittelpakete seien kein Problem, solange sie nicht zu Dauerzuständen würden.

Pressemitteilung Saarländischer Flüchtlingsrat 4.8.2015 ■

Chaotische Zustände bei Flüchtlingsaufnahme

„Wenn die chaotischen Zustände bei der Flüchtlingsaufnahme andauern, werden wir im Winter eine ernstzunehmende humanitäre Krise in Deutschland haben“, warnt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Die Abgeordnete weiter:

„Bund, Länder und Kommunen müssen dringend Maßnahmen ergreifen, die das derzeitige Chaos bis zur kalten Jahreszeit beenden. Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, leerstehenden Wohnraum instandzusetzen, muss dies umgehend geschehen. Dafür müssen geeignete Ortschaften und Regionen identifiziert und mit Fördergeldern ausgestattet werden. Insgesamt stehen in Deutschland rund eine Million Wohnungen leer – da darf es nicht sein, dass Flüchtlinge in Zelten hausen müssen. Wir haben heute in vielen Orten Deutschlands Zustände wie Anfang der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, als Flüchtlinge mitten in der Stadt unter freiem Himmel vegetieren mussten, und zur Zielscheibe rassistischer Angriffe wurden. Um zu verhindern, dass sich dies wiederholt, muss die Bundeskanzlerin die Flüchtlingsfrage endlich zur Chefsache machen.

Länder und Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, mehr Personal für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung Schutzsuchender zu beschäftigen. Das sind Maßnahmen, die erst mittelfristig greifen, aber umso dringender müssen sie jetzt unverzüglich begonnen werden. Hier ist vor allem der Bund gefragt, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Es ist schlimm genug, dass die Europäische Union eine solidarische Flüchtlingspolitik von Gipfel zu Gipfel verschleppt. Es kann nicht sein, dass nun auch innerhalb Deutschlands eine von Bund, Ländern und Kommunen getragene Lösung der Probleme bei der Flüchtlingsaufnahme nicht zustande kommt und sich die Gefahr erhöht, dass irgendwann die ersten Menschen erfrieren, verdursten oder es zu Epidemien kommt.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 12.8.2015 ■

Katastrophale Zustände in der Landesaufnahmestelle

Flüchtlingsrat fordert Landesregierung auf, sofort Verantwortung zu übernehmen und Abhilfe zu schaffen!
Die Landesaufnahmestelle Suhl, welche 1.200 Menschen für eine vorübergehende Zeit Unterbringung bieten soll, ist aktuell mit ca. 1.800 Kindern, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, Frauen und Männern überbelegt. Die bisher bereits extrem angespannte Situation wächst sich zu katastrophalen Zuständen aus.

Die Zimmer sind massiv überbelegt, die hygienische Standards sind schon seit Längerem nicht mehr eingehalten, die medizinische Versorgung ist bestenfalls rudimentär. Es mangelt an Schlafplätzen und vielem mehr. Unlängst wurde ein Spendenaufruf des Suhler Kirchenkreises gestartet, weil das Landesverwaltungsamt offensichtlich nicht in der Lage ist, die Menschen mit Decken und Handtüchern zu versorgen. Aktuell stehen den Flüchtlingen nicht einmal mehr 4qm² Wohnraum pro Person zur Verfügung. „Es werden grundlegende Standards nicht mehr eingehalten, von menschenwürdiger Unterbringung und Versorgung der geflüchteten Menschen ganz zu schweigen!“ sagt Martin M. Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V..

Steigende Flüchtlingszahlen sind keine Überraschung. Die Landesregierung muss sofort Alternativen der Unterbringung für die Neuangekommenen schaffen, anstatt sich in Gedankenspielen zu ergehen, wer außer ihnen selbst Schuld tragen könnte an der menschlichen und politischen Misere. „Anstatt sich über vermeintlich „richtige“ und „falsche“ Fluchtmotive von Asylsuchenden Gedanken zu machen, ist Handeln gefragt für alle neu Angekommenen in den Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen. Es gibt weder Menschen noch Flüchtlinge erster oder zweiter Klasse, niemand verlässt seine Heimat ohne guten Grund. Nicht etwa konsequente Abschiebungen fördern die Akzeptanz Geflüchteter in unserer Mitte, sondern ein verantwortungsvolles, humanes Unterbringungskonzept! „Es ist unverantwortlich, schutzsuchende Menschen aus dem Balkan für eine verfehlte Aufnahmepolitik verantwortlich zu machen. Dies spielt letztlich nur in die Karten der rassistsichen Stimmungsmacher*innen.“, so Arnold.

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. fordert die Thüringer Landesregierung daher dringend auf, eine weitere Landesaufnahmestelle zu errichten, die Kommunen mit Geldern, Gebäuden, Wohnungen (auch unter Öffnung des privaten Wohnraummarktes durch Änderungen gesetzlicher Regelungen und durch Aufrufe an die Bevölkerung zur Bereitstellung von Wohnraum) zu unterstützen. Notquartiere wie Turnhallen o.ä. lehnt der Verein ab. Die Zeit in den Erstaufnahmelagern muss angesichts der drastischen Zustände so kurz wie möglich gehalten werden.

Weiterhin fordert der Verein einen „Flüchtlingsgipfel #2“, zu welchem sich Vertreter*innen von Kommunen, Landespolitik, Flüchtlings- und Wohlfahrts-organisationen, Vertreter*innen antirassistischer Initiativen und Unterstützungsnetzwerke, Medienvertreter*innen etc. ausschließlich mit der jetzigen Unterbringungssituation beschäftigen und praktikable bis kreative Maßnahmen erarbeiten, wie die Unterbringung geflüchteter Menschen in Thüringen langfristig und nachhaltig menschenwürdig umgesetzt werden kann.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 6.8.2015 ■

Zeltstädte und Massenlager keine Lösung

Angesichts gewaltsamer Konflikte fordert Pro Asyl ein Ende der Unterbringung von Asylbewerbern in Sammelunterkünften. Besser wäre eine dezentrale Unterbringung und mehr Rücksicht auf die unterschiedlichen Hintergründe der Flüchtlinge.

Die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“

Gefangen in der Krise – Flüchtlinge in Griechenland

In Griechenland befindet sich in einer tiefen ökonomischen Krise. Gleichzeitig ist das Land konfrontiert mit der Ankunft von über 80.000 Bootsflüchtlingen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres.

Die Route über die türkisch-griechische Ägäis ist mittlerweile der Haupteinreiseweg für Schutzsuchende nach Europa. Die Menschen aus Syrien, Afghanistan und Irak stranden in einem Land, wo es noch nie ein funktionierendes Schutzsystem gab. Legale Möglichkeiten zur Weiterreise in andere EU-Staaten sind ver-

sperrt. Angesichts der aktuellen Ankünfte – oft 1.000 Flüchtlinge pro Tag – ist Griechenland selbst bei bestem Willen nicht in der Lage, ein Aufnahme- und Asylsystem bereitzustellen.

Es fehlt an allem: Unterkünfte, Nahrungsmittel, eine medizinische Basisversorgung für die Ankommenden. Das allgemeine Gesundheitssystem steht kurz vor dem Kollaps. Und vor allem: Es fehlt an einer zeitnahen Registrierung. Ohne sie können die Flüchtlinge nicht weiter – sie sind in der Krise gefangen. Erschütternde humanitäre Zustände sind die Folge.

Noch schlimmer als auf den Ägäischen Inseln ist die Situation im griechisch-mazedonischen Grenzgebiet. Völlig erschöpfte Männer, Frauen und Kinder – mehrheitlich aus Syrien und Afghanistan – schleppen sich durch das Land. Alte und kranke Menschen werden im Rollstuhl bei sengender Hitze die Straßen entlang geschoben. Ohne umfangreiche europäische Nothilfe droht eine Katastrophe.†

RSPA: Das PRO ASYL Projekt in Griechenland

Seit 2007 ist PRO ASYL in Griechenland aktiv. Zusammen mit Menschen vor Ort wurde ein Netzwerk für den Flüchtlingsschutz aufgebaut. Im Februar 2015 haben wir unsere Aktivitäten nochmals intensiviert. Anwältinnen, Dolmetscher, Sozialarbeiterinnen und Rechercheure – insgesamt zwölf Personen sind gegenwärtig in der Ägäis für unser „Refugee Support Program Aegean“ (RSPA) im Einsatz.

Vom 6. bis 13. Juli 2015 war ein PRO ASYL-Team vor Ort, um dort gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen zu besprechen, was aktuell zu tun ist. Europa muss endlich reagieren und legale Wege für die Flüchtlinge öffnen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, zu ihren Familienangehörigen und Communities in anderen EU-Ländern weiterzureisen. Solange die EU sich verweigert, appellieren wir an die internationalen Hilfsorganisationen, sich unverzüglich für das Überleben der Flüchtlinge im griechischen Transit einzusetzen.

Ergebnisse der Arbeit von PRO ASYL

– Bereits seit 2007 prangert PRO ASYL die menschenrechtswidrige Behandlung von Flüchtlingen in Griechenland an. 2011 stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Abschiebungen nach Griechenland.

– Im November 2013 veröffentlichten wir den Bericht „Pushed back“ – eine Dokumentation über brutale völkerrechtswidrige Zurückweisungen im griechisch-türkischen Grenzgebiet, von denen mehr als 2.000 Flüchtlinge betroffen waren. Der Bericht erregte in ganz Europa großes Aufsehen. Zurzeit scheinen die illegalen Push-Backs in der Ägäis nicht mehr stattzufinden.

– Zumindest zeitweise konnte anscheinend der von PRO ASYL aktuell mitorganisierte Druck auf die griechischen Behörden etwas bewirken. Anfang Juli wurden auf Lesbos plötzlich für über tausend Flüchtlinge Papiere ausgestellt.

– PRO ASYL gelingt es immer wieder, für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge legale Ausreisen aus Griechenland zu ermöglichen. Dies sind jedoch Einzelfälle – eine wirkliche Lösung der griechischen und europaweiten Flüchtlingskrise kann nur durch eine solidarische Flüchtlingsaufnahme in Europa erreicht werden. PRO ASYL setzt sich dafür auf allen Ebenen ein. Dabei setzen wir auf Ihre Hilfe. Bitte unterstützen Sie den Einsatz von PRO ASYL für eine gerechte und humane europäische Flüchtlingspolitik.

Quelle: http://www.proasyl.de 31.7.2015 ■

---

fordert ein Ende der Unterbringung von Asylbewerbern in großen Sammelunterkünften. Angesichts der jüngsten gewaltsamen Konflikte unter Bewohnern kritisierte der Verein die Zustände in diesen Asylbewerberheimen. „Wir müssen von diesen Notunterkünften ganz schnell weg“, sagte die rechtspolitische Sprecherin von „Pro Asyl“, Marei Pelzer, dem Evangelischen Pressedienst. „Zeltstädte sollten nicht der Standard für die Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland sein.“

In der Dresdner Zeltstadt lebten über tausend Menschen dicht gedrängt, sagte Pelzer. Zudem gebe es lange Schlangen an den Essensständen und nur provisorische sanitäre Anlagen.

Am Samstag war es zu einer Schlägerei gekommen, bei der etwa 100 Bewohner der Zeltstadt mit Gegenständen aufeinander losgegangen waren. Acht Personen wurden dabei verletzt. „Wenn so viele Menschen unter solch prekären Umständen zusammenleben, dann ist es nur natürlich, dass dort auch Konflikte entstehen“, sagte Pelzer. Auch in der Erstaufnahmestelle Suhl in Thüringen war es am Samstag zu Auseinandersetzungen gekommen.

Pelzer kritisierte, dass bei der Unterbringung kaum Rücksicht auf die unterschiedlichen Hintergründe der Flüchtlinge genommen werde. Konservative und liberale Menschen, Alleinstehende und Familien mit Kindern seien gezwungen, sich kleinste Räume zu teilen. „Das sind Menschen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen.“

Pelzer strebt eine zügige und dezentrale Unterbringung an: Asylbewerber sollten schnell aus Erstaufnahmeeinrichtun-

gen herauskommen und in Privatwohnungen ziehen können. „Massenlager“ wie in Dresden seien für die Betroffenen unzumutbar. „Ein großer Anteil der Flüchtlinge ist vom Krieg traumatisiert“, erinnerte Pelzer. „Etwa Syrer brauchen Rückzugsorte, um zur Ruhe zu kommen.“

Klar sei, dass die Zahl der ankommenden Flüchtlinge auf absehbare Zeit nicht zurückgehen werde. Darauf müsse sich Deutschland einstellen. „Der Bund ist gefordert, sehr viel stärker als bisher zugesagt finanziell an der Aufnahme von Flüchtlingen mitzuwirken“, sagte Pelzer. Ihre Kritik richte sich aber „an alle Ebenen“, auch an Länder und Kommunen: „Wir hoffen, dass die staatlichen Stellen endlich ihre Hausaufgaben machen.“ Versäumnisse, etwa beim sozialen Wohnungsbau, müssten nachgeholt werden. „Aber auch kurzfristig müssen die politisch Verantwortlichen für eine angemessene Unterbringung der Flüchtlinge sorgen.“ *Quelle: http://www.migazin.de 5.8.2015* ■

Diesen Urlaub: Fluchthilfe!

Rechtshilfefonds & Kampagne zur Unterstützung von Fluchthelfer.innen startet

„Wer Flüchtende dabei unterstützt, das ihnen zustehende Recht auf Freizügigkeit zu verwirklichen, kann sich auf billigenswerte Motive berufen und handelt sittlich nicht anstößig”

Der Bundesgerichtshof Fluchthilfe hat in Deutschland eine lange, stolze Tradition: Vom NS-Regime, wo einige wenige Widerstandskämpfer.innen unter Einsatz ihres Lebens die Fahne der Menschlichkeit hochhielten, bis in die DDR, als, von der breiten Masse getragen, Mitbürger.innen von der anderen Seite der Mauer durch Tunnel und präparierte Autos in den Westen geschleust wurden. Angesichts einer EU-Migrationspolitik, welche jegliches Maß an Menschlichkeit verloren hat, bleibt Fluchthilfe nach wie vor notwendig und die Risiken für Fluchthilfe Einsteiger.innen sind heute geringer denn je. Zum Beispiel auf dem Rückweg aus dem Sommerurlaub.

Das Peng Collective und weitere Aktive unterstützen deshalb Fluchthelfer.innen mit dem Aufbau eines Rechtshilfefonds sowie praktischen Informationen zur Planung und Durchführung von Fluchthilfetätigkeiten auf der Website www.fluchthelfer.in. „Freiheit ist eine notwendige Bedingung von Gerechtigkeit“, sagte Bundespräsident Joachim Gauck 2012 in seiner Antrittsrede. Anna Weissenfels vom Peng Collectiv sagt dazu: “Die deutsche Politik redet liebend gern von Freiheit und Gerechtigkeit, aber diese Werte lassen sie dann nur für Menschen gelten, die in Europa geboren wurden. Das wiederum ist keine Leistung, sondern reiner Zufall.”

Europa ist schon immer von Migrationsbewegungen geprägt und dass zum Freiheitsbegriff auch Reise- und Bewegungsfreiheit gehört, war zu DDR-Zeiten noch gesellschaftlicher Konsens. Damals organisierten selbst CDU-Ortsverbände Fluchthilfe und setzten sich für offene Grenzen ein. “Im Prinzip möchten wir dahin zurück kommen,” so Maximilian Thalbach von Peng. “Heute bewerten wir die Leistung der DDR-Fluchthelfer.innen als ehrenwert und richtig, denn niemand flieht ohne Grund. Doch was zu DDR-Zeiten galt, ist auch heute noch aktuell. Fluchthilfe bedeutet Zivilcourage.”

Die Webseite www.fluchthelfer.in versorgt potentielle Fluchthelfer.innen mit den nötigen Informationen, um eigenständig Fluchthilfetätigkeiten durchzuführen, zum Beispiel auf dem Rückweg aus einem Urlaub. Auf der Webseite finden sich auch ausführliche Hintergrundinformationen zum Thema Fluchthilfe sowie rechtliche Aspekte zu Fluchthilfetätigkeiten. Ein eigens eingerichteter Rechshilfefonds unterstützt Fluchthelfer. innen, die strafrechtlich verfolgt werden.

„Fluchthilfe-Anfänger.innen haben innerhalb des Schengenraums eine gute Möglichkeit, in die Fluchthilfearbeit einzusteigen, da hier nur vergleichsweise wenig Risiko besteht. Mit etwas Vorbereitung kann das im Prinzip jeder machen,” sagt Thalbach. “Uns kostet es nichts und für Flüchtende kann es eine große Hilfe sein.” *Quelle: www.fluchthelfer.in* ■

Chronologie: Tod im Mittelmeer

Die Zahl der toten Bootsflüchlinge wird seit dem Jahr 2000 auf mehr als 24.000 geschätzt. Allein im vergangenen Jahr kamen 3.500 Menschen ums Leben, im laufenden Jahr schon mehr als 2.000. Eine Chronik der schlimmsten Flüchtlings-Unglücke seit 2001:

Sie ertrinken, verdursten oder werden von Schleppern getötet: Mehr als 24.000 Bootsflüchtlinge starben schätzungsweise seit 2000 im Mittelmeer auf der Überfahrt in morschen und überfüllten Kähnen nach Europa. Allein 2014 kamen 3.500 Menschen ums Leben. In den ersten sieben Monaten 2015 waren es laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf bereits über 2.000. Da nicht jedes Unglück registriert wird, dürften die tatsächlichen Opferzahlen noch weit höher liegen.

Die IOM, das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und das Migration Policy Centre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz haben viele Unglücke dokumentiert. Nicht wenige können nur unvollständig rekonstruiert werden, Einzelheiten bleiben oft im Dunkeln.

Die schlimmsten Tragödien seit 2011 im Überblick:

4. April 2011: Ein Flüchtlings-Boot kentert während einer Rettungsoperation vor der italienischen Insel Lampedusa, 213 Menschen sterben.

13. April 2011: 495 Menschen aus dem Konfliktland Libyen gelten als vermisst. Ihr Boot war drei Wochen zuvor in See gestochen.

28. April 2011: Ein weiteres Boot aus Libyen geht im Mittelmeer unter, 330 Menschen kommen ums Leben.

2. Juni 2011: Nachdem ein Boot vor der Küste Tunesiens aufgegriffen wurde, gelten 272 Menschen als vermisst.

3. Oktober 2013: Vor Lampedusa sinkt ein Schiff mit Flüchtlingen. Der Großteil von ihnen stammt aus Eritrea. 368 Passagiere sterben. Das Boot war knapp zwei Wochen zuvor von Libyen aus aufgebrochen.

11. Oktober 2013: Erneut geht vor Lampedusa ein Kahn mit Hunderten Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland Syrien unter. Rund 270 Männer, Frauen und Kinder verlieren ihr Leben.

10. September 2014: Rund 500 Männer, Frauen und Kinder ertrinken vor der Küste Maltas. Schlepper hatten das völlig überladene Schiff nach Aussagen von Überlebenden absichtlich versenkt.

13. September 2014: Bei einem Boots-Unglück an ähnlicher Stelle kommen rund 300 Menschen ums Leben.

14. September 2014: Zwischen Libyen und Italien sinkt ein Boot mit rund 250 Flüchtlingen, 224 von ihnen ertrinken.

13. April 2015: Etwa 120 Kilometer südlich von Lampedusa kentert ein Boot. Rund 400 Menschen gelten als vermisst, 142 werden gerettet.

18. April 2015: Das bislang schlimmste Unglück im Mittelmeer mit Flüchtlingen und Migranten reißt weit über 800 Menschen in den Tod. Ihr Boot sinkt vor Libyen. An Bord befanden sich 350 Eritreer, dazu Menschen aus Syrien, Somalia, Sierra Leone, Mali, Senegal, Gambia, der Elfenbeinküste und Äthiopien.

3. Mai 2015: 24 Stunden nach der Abfahrt in Libyen sinkt vor Malta ein völlig überfülltes Schiff mit 137 Menschen, 46 von ihnen sterben.

5. August 2015: Als Rettungskräfte vor der libyschen Küste ein Flüchtlingsboot mit rund 600 Menschen erreichen, bekommt es Schlagseite und sinkt. Es werden mehr als 200 Tote befürchtet. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de ■

„Bedrängte Existenz. Überlebende Roma des NS-Terrors in der Ukraine“

Ausstellung im Land- und Amtsgericht Bonn, 1. bis 30. September 2015
Die Ausstellungseröffnung findet statt am Dienstag, den 1. September 2015, um 18 Uhr im Foyerbereich des Land- und Amtsgerichts Bonn, Wilhelmstr. 21, 53111 Bonn.

Die Fotografin Birgit Meixner porträtierte im Mai 2012 Roma in der Ukraine. Meixners Bilder sind Momentaufnahmen aus dem Leben einer auch heute noch bedrängten ethnischen Minderheit.

Sechzehn Roma, die die deutsche Gewaltherrschaft in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs überlebten, berichten außerdem von ihrem wechselvollen Lebensweg im Krieg, der Nachkriegszeit und über ihren Alltag heute.

„Kind, versprich mir, dass du dich erschießt“ – Der Untergang der kleinen Leute 1945

Am 30. April 1945 schoss sich Adolf Hitler in Berlin eine Kugel in den Kopf. Zur selben Zeit strömten im Städtchen Demmin, in Vorpommern, beim Einmarsch der Roten Armee hunderte Menschen in Flüsse und Wälder, um sich dort umzubringen. Ganze Familien wurden ausgelöscht, Eltern töteten ihre Kinder.

Die Massenselbstmorde von 1945 sind ein bis heute verdrängtes Kapitel der Zeitgeschichte, Die tieferen Ursachen verbargen sich in der Innenwelt der Deutschen, die zwölf Jahre lang im emotionalen Ausnahmezustand gelebt hatten.

Florian Huber entwickelt die Geschichte der Gemüts- und Gedankenwelt der Menschen im Dritten Reich im Wechsel von historischer Reportage und Mentalitätsstudie. Ein fesselnder Blick auf die Gefühle der kleinen Leute, die in ihren Untergang marschierten.

Huber berichtet von seinen Recherchen, dem langjährigen Schweigen, von Schuld und Scham und dem schwierigen Erbe, nicht nur des Städtchens Demmin, das alljährlich am 8. Mai mit einem Naziaufmarsch zu kämpfen hat, der genau dieses Phänomen der kollektiven Selbsttötung der kleinen Leute für sich zu vereinnahmen sucht. Er wird Passagen aus seinem Buch lesen und mit uns dieses weithin unaufgearbeitete Kapitel der letzten Kriegstage diskutieren.

Lesung / Gespräch
Mit Dr. Florian Huber, Historiker, Autor von Drehbüchern und historischen Sachbüchern. Seine Dokumentarfilme zu zeitgeschichtlichen Stoffen erhielten zahlreiche nationale wie internationale Preise
Donnerstag, 3.9.2015
19:30 Uhr bis 21:30 Uhr,
Buchhandlung im Schanzenviertel, Hamburg, Schulterblatt 55
20357 Hamburg
Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt.
http://www.berlinverlag.de/buecher/kind-versprich-mir-dass-du-dich-erschiesst

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Wilde Hetztirade gegen Flüchtlinge

Junge Freiheit, 34/15, 14.8.2015

Unter der Überschrift „Außer Kontrolle“ bereitet das Blatt seine Hetze gegen Geflüchtete aus. Kommunen sind die Leidtragende und die Politik ist böse. Originalton vom Chefredakteur Dieter Stein: „Wo sonst eiserne Haushaltsplanungen jahrelang die Sanierung von maroden Schulen verzögern, werden Asylunterkünfte im Eilverfahren aus dem Boden gestampft, und die Finanzierung funktioniert wie am Schnürchen.“

Der Satz strotzt vor Unwahrheit: Erstens werden die Asylunterkünfte nicht aus dem Boden gestampft, es fehlen zehntausende von Wohnungen und Plätze für Flüchtlinge und zweitens funktioniert die Finanzierung überhaupt nicht wie am Schnürchen, weil der Bund sich aus der Verantwortung stiehlt. Die Junge Freiheit behauptet immer wieder, sie sei nicht rechtsextrem. Die gesamte Flüchtlingsberichterstattung bewegt sich aber jenseits der bürgerlichen Rechtsprechung. Das extrem rechte Kampfblatt kann ja für eine andere Asylpolitik eintreten, sie kann aber nicht die geltende Fürsorgepflichte der kommunalen Verwaltungen in Frage stellen und dazu auffordern sie zu unterlassen. Das ist Volksverhetzung und die Stigmatisierung von Menschen, die Asyl suchen. Sie haben ein Recht geschützt zu werden. Und wer das in Frage stellt, unterstützt jene Kräfte, die Anschläge auf Wohnungen und Einrichtungen von Asylbewerbern verüben.

Das Blatt veröffentlicht einen einseitigen Artikel von Dr. Manfred Ritter, einem ehemaligen Regierungsdirektor a.D., der auch schon mal für die Republikaner bei der bayerischen Landtagswahl 1998 in Mittelfranken angetreten ist. Auch wenn dieser Beamte im Ruhestand ist, verstoßen seine Hetztiraden gegen das Beamtenrecht: „Der ‚soziale Umverteilungsdruck‘ wird dann immer größer, und wir bewegen uns auf einen ‚Einwanderungs-Kommunismus‘ zu, der aus unserem ‚Wohlstand für alle‘ eine ‚Armut für alle‘ entstehen lassen kann … Warum akzeptiert man aus ‚humanitären Gründen‘ eine Neuauflage des Kommunismus durch die Hintertür? Hat man bereits vergessen, dass die Kommunisten den Menschen im Namen der Gleichheit eine Gesellschaftsform aufgezwungen haben …“

Aus diesen Zeilen trieft Hass und Unkenntnis von Dr. Ritter. Haben nicht die Gründungsmütter und -väter des Grundgesetzes ein Asylrecht geschaffen, dass ein Bollwerk gegen Unrecht sein sollte und ein Stück Widergutmachung implementierte. Dieses Asylrecht war schon mal besser. Es hat aber auf jeden Fall die DDR und den Kommunismus überdauert.

Was dem einen Recht ist …

Junge Freiheit Nr. 33/15, 7.8.2015

Die baden-württembergische AfD bereit sich auf die Landtagswahl vor. Deshalb hat sie auf ihrem Landesparteitag eine Resolution gegen Gender Mainstreaming beschlossen. Laut Wikipedia bedeutet Gender Mainstreaming „die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen“ und die Gleichstellung der Geschlechter sicherzustellen. Für die AfD bedeutet es, „die politisch-bürokratisch verordnete Einebnung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen sei ein unzulässiger Eingriff des Staates in das Leben der Menschen: ‚Dieses Ansinnen ist überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt und stellt eine Verschwendung von Steuergeldern dar‘,“ beschloss der Parteitag. Das Blatt berichtet weiter: „Unterstützung erhielt die Partei in der Sache dann … aus Kirchenkreisen. Der Fuldaer Erzbischof Josef Algermissen bezeichnete Gender Mainstreaming in einer Predigt als ‚eine Ideologie, die der Wirklichkeit und der Integrität der menschlichen Natur völlig entgegensteht.“ Dass die Gleichstellung der Geschlechter in der katholischen Kirche kein Thema ist, ist nun wirklich nicht neu. Lustig wird es dann in der nächsten Ausgabe.

… ist dem anderen billig.

Junge Freiheit Nr. 34/15, 14.8.2015

Hier kommt es dann zur Kritik am islamischen Religionsunterricht an hessischen Grundschulen. Was wird kritisiert? Das Blatt veröffentlicht zustimmend aus einer Stellungnahme für ein Mitglied des Arbeitskreises christlich-demokratischer Lehrer: „Insbesondere eine Auseinandersetzung mit problematischen Stellen“ des Korans, „wie der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, der Legitimation von Polygamie oder dem Schlagen von Ehefrauen fände nicht statt.“ Islamische Ungleichheit der Geschlechter ist zu verurteilen – weil nicht in christlich-abendländischer Tradition? Auch in der Bibel und noch mehr in vielen christlichen Religionsgemeinschaften finden sich Auffassungen, die Gewalt gegen Frauen billigen oder die natürliche Ungleichheit der Geschlechter behaupten.

uld, jöd ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370

Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldung unter kontakt@mobim.info